

Editorial

Die Finanzmarktkrise selbst nähert sich ihrem Ende. Nicht aber ihre Auswirkungen. Die stehen jetzt erst wirklich ins Haus, nachdem viele der staatlichen Schutz- und Kompensationsmaßnahmen ausgelaufen sind. Das Ende der Abwrackprämie bedroht zum Beispiel den Neuwagenverkauf. Kurzarbeiterregelungen gehen zu Ende, und Personalchefs müssen darüber entscheiden, wen sie in die Arbeitslosigkeit entlassen. Bürger werden immense Staatsschulden zu begleichen haben und trotz erhöhter Steuern und Abgaben verminderte staatliche Leistungen erhalten. Die Glorie des Krisen bewältigenden Staates wird schnell vergehen und dem Bild eines stets fordernden, aber nur noch selten fördernden Staatsapparats Platz machen.

Die Bundestagswahl kommt da gerade noch rechtzeitig. Das Wahlvolk kann eben noch Politikern als strahlenden Helden ihre Stimmen geben und muss nicht schon hilflose Schuldeneintreiber wählen. Ob es auch ein Ziel des hinter uns liegenden Krisenmanagements war, das Eintreffen der Krisenauswirkungen bis nach der Wahl hinaus zu schieben und erst dann die Durststrecke beginnen zu lassen? Oder werden sich auch nach der Wahl noch Möglichkeiten für die politischen Instanzen ergeben, sich als Förderer beispielsweise des Wirtschaftsaufschwungs hervorzutun, trotz drückender Schulden und hoher Abgaben?

Diese Ausgabe von GWP hilft den Umbruch zu verstehen, der sich gerade jetzt vollzieht, und die neue Situation zu erkennen, die sich auftut. Ganz direkt auf dieses Thema geht die Wirtschaftspolitische Kolumne von *Hans-Hermann Hartwich* ein. Er fragt danach, wie das Regieren nach der Wahl aussehen kann – mit erhöhter Arbeitslosigkeit und mit noch weiter erhöhten Schulden. Hartwich warnt aber auch vor einem zu harten Sparkurs zum schnellen Abbau der Schulden. Dies würde die wirtschaftliche Erholung gefährden. Vielleicht – könnte man hinzufügen – auch die Reputation von Politikern.

Die Wirtschaftskrise ist bekanntlich keine innerdeutsche Angelegenheit. Sie ging aus vom Immobilienmarkt der USA und der zügellosen internationalen Finanzspekulation. *Thomas Jäger* stellt dar, welche Maßnahmen die entwickelten Länder ergriffen haben, um durch Regulierungen die Wiederholung der gerade erlebten Wirtschaftskrise zu vermeiden.

Werden die vor uns liegenden wirtschaftlichen Probleme dazu führen, längerfristige gesellschaftliche und politische Zielsetzungen, wie etwa ökologische Bestrebungen oder solche im Bereich der Bildung, hintan stellen zu müssen? Oder werden Verbesserungen im Bereich der Ökologie oder des Bildungswesens umgekehrt Beiträge zur Behebung der Wirtschaftskrise leisten? Die Aktuelle Analyse von *Heinrich Pehle* und der Beitrag Kontrovers dokumentiert von *Christian Förster* liefern hierzu Informationen.

Die Herausgeber